

Die Landeshauptstadt München, vertreten durch den Oberbürgermeister, dieser vertreten durch die Werkleitung der Münchner Stadtentwässerung, Friedenstraße 40, 81671 München
- Stadt -

und

die Gemeindewerke Grasbrunn, vertreten durch den Vorstand
- Gemeindewerke -

schließen auf Grund des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juni 1994 (GVBl. S. 555, BayRS 2020-6-1-I), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Februar 2012 (GVBl. S. 30) folgende

ZWECKVEREINBARUNG:

§ 1

Gegenstand

Die Stadt räumt den Gemeindewerken die Mitbenutzung der städtischen Entwässerungseinrichtungen ein. Im Einzelnen richtet sich die Mitbenutzung nach den nachfolgenden Bestimmungen:

I.

Umfang der Mitbenutzung der städtischen Entwässerungseinrichtungen

§ 2

Übernahme von Abwasser aus dem Gebiet der Gemeindewerke

- 1) Die Stadt verpflichtet sich, das Abwasser aus dem Schmutzwasserkanalnetz der Gemeindewerke, Ortsteil Keferloh, ohne Vorbehandlung durch die Gemeindewerke für die Dauer der vorliegenden Vereinbarung abzunehmen.
- 2) Die Abnahmeverpflichtung ist begrenzt auf 4 400 Einwohnerwerte, das entspricht 22 Liter Schmutzwasser pro Sekunde, jeweils gemessen am größten Stundenabfluss (vgl. § 5 Buchst. a)).
- 3) Die Verpflichtung der Stadt nach Absatz 1 erstreckt sich nicht auf Niederschlagswasser, das im Gebiet der Gemeinde Grasbrunn, Ortsteil Keferloh anfällt. Dieses Wasser wird nach den wasserrechtlichen und ortsrechtlichen Bestimmungen beseitigt.

§ 3

Vorhaltung der Vorflutkanäle und Anschlusspunkte

- 1) Die Stadt verpflichtet sich, für die Dauer dieser Vereinbarung genügend große Vorflutkanäle und Klärwerke vorzuhalten, um die in § 2 genannte Abwassermenge aufnehmen und reinigen zu können.
- 2) Die Gemeindewerke übergeben das Schmutzwasser der Stadt an der Stadtgrenze über die Anschlussstelle der Gemeinde Haar an der Wasserburger Landstraße.
Die Ermittlung der von den Gemeindewerken tatsächlich eingeleiteten Wassermenge ist nicht Gegenstand dieser Zweckvereinbarung, sondern Aufgabe zwischen den Gemeindewerken und der Gemeinde Haar.

§ 4

Herstellung der Entwässerungsnetze der Gemeindewerke

- 1) Die Herstellung, Erweiterung und Unterhaltung ihres Entwässerungsnetzes ist Aufgabe der Gemeindewerke.
- 2) Die Gemeindewerke verpflichten sich, dass sie
 - a) auf die Gemeinde Grasbrunn einwirken, dass diese in ihrem Flächennutzungsplan das in die städtische Entwässerungseinrichtung zu entwässernde Gebiet ausweist,
 - b) die Gemeinde Grasbrunn veranlassen, die Stadt vor solchen Neuanlagen, Änderungen oder Erweiterungen der Bauleitpläne anzuhören, mit denen eine Ausdehnung von Siedlungsgebieten verbunden ist (vgl. § 4 BauGB).
- 3) Bis zum 1. März eines jeden Jahres haben die Gemeindewerke der Stadt mit Stand vom 1. Januar mitzuteilen:
 - a) die Länge des Kanalnetzes,
 - b) die Zahl der angeschlossenen natürlichen Einwohner,
 - c) die angeschlossenen gewerblichen Einleiter nach Einwohnergleichwerten,
 - d) den Zuwachs unter a) bis c) im vorangegangenen Jahr.
- 4) In Zeitabschnitten von jeweils 5 Jahren übermitteln die Gemeindewerke einen Übersichtsplan des bestehenden Kanalnetzes. Dies erfolgt erstmals mit Stand 31.12.2013 bis 01.03.2014.

§ 5

Kontrolle des Abwasserzuflusses

Um sicherzustellen, dass der in § 2 genannte größte Stundenabfluss nicht überschritten wird, verpflichten sich die Gemeindewerke bei der Ortsplanung der Gemeinde Grasbrunn von nachstehend aufgeführten Werten auszugehen.

- a) Die anfallende Abwassermenge wird nach dem größten Stundenabfluss und zwar dem vierzehnten Teil des 24-stündigen Abflusses errechnet. Somit ergibt sich ein Schmutzwasserabfluss für 1 000 Einwohner bzw. Einwohnergleichwerte $(1000 \times 250) : (14 \times 60 \times 60) = 4,96$ Liter pro Sekunde, aufgerundet = 5 Liter pro Sekunde.
- b) Für eine durchschnittliche Wohneinheit wird bei der Planung mit dem vom Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung ermittelten Durchschnitt der Einwohner pro Wohneinheit gerechnet.
- c) Es wird von folgenden Einwohnergleichwerten ausgegangen:

1. Beherbergungsstätten, Internate, 1 Bett	=	1 Einwohner
2. Camping- und Zeltplätze, 2 Personen	=	1 Einwohner
3. Fabriken, Werkstätten, 2 Betriebsangehörige	=	1 Einwohner
4. Büros, Geschäftshäuser, 3 Betriebsangehörige	=	1 Einwohner
5. Gaststätten mit üblicher Nutzung, 3 Sitzplätze	=	1 Einwohner

Zuschläge

Für Gaststätten mit größerer Nutzung:

bei 9- bis 10-maliger Ausnutzung eines Sitzplatzes in 24 Stunden, 1 Sitzplatz	= 3 Einwohner
bei 11- bis 14-maliger Ausnutzung eines Sitzplatzes in 24 Stunden, 1 Sitzplatz	= 4 Einwohner
bei 15- bis 18-maliger Ausnutzung eines Sitzplatzes in 24 Stunden, 1 Sitzplatz	= 5 Einwohner
Für Sommer- und Gartengaststätten, 15 Sitzplätze im Freien	= 1 Einwohner
6. Vereins-, Boots- und Klubgebäude ohne Bewirtschaftung, 10 Benutzer	= 1 Einwohner
7. Schulen ohne Bade- oder Duscheinrichtung, 10 Personen (Schüler und Erzieher)	= 1 Einwohner
8. Versammlungsstätten und Sportplätze ohne Gaststättenbetrieb, 30 Besucherplätze	= 1 Einwohner
9. Schulen mit Bädern, 5 Personen (Schüler und Erzieher)	= 1 Einwohner
10. Altenheime, 1 Bett	= 1 Einwohner
11. Pflegestationen in Altenheimen, 1 Bett	= 2 Einwohner
12. Krankenhäuser, inkl. Wohnheim und Zentraleinrichtungen, 1 Bett	= 8 Einwohner
13. Säuglingsheime, 1 Platz	= 2 Einwohner
14. Tankstellen mit Waschanlage für Kraftfahrzeuge, 1 Waschbox	= 10 Einwohner
15. Autoschnellwaschanlagen, 1 Waschstraße oder 1 Waschküche	= 20 Einwohner
16. Sammelgaragen mit Kanalanschluss, 10 Einstellplätze oder 1 Zapfstelle	= 1 Einwohner
17. Großbäckereien, 1 Beschäftigter	= 1,5 Einwohner
18. Brauereien, Metzgereien, Wäschereien, chemische Reinigungen 90 m ³ Jahresabwasseranfall	= 1 Einwohner
19. Brennereien, 4 hl Weingeist, Brennrecht	= 1 Einwohner
Für Brennereien gilt aber nur die vorstehende Umrechnung, wenn	
1. die Schlempe landwirtschaftlich verwertet und nicht dem Kanalnetz zugeführt wird	
2. das Kartoffelwaschwasser nicht dem Kanalnetz zugeführt wird	

Für den Abwasseranfall aus anderen Nutzungsarten wird der maßgebliche Einwohnergleichwert, bezogen auf die anfallende Abwassermenge, von der Stadt nach deren Erfahrungen festgesetzt.

§ 6

Behandlung von verschmutztem Niederschlagswasser

Verschmutztes Niederschlagswasser von Manipulationsflächen darf nach Vorbehandlung in einer geeigneten Abwasserbehandlungsanlage nach dem Stand der Technik, z.B. in einem Leichtflüssigkeitsabscheider, im Rahmen des zur Verfügung stehenden Kontingents (§ 2) eingeleitet werden.

§ 7

Einleitungsverbote, Einleitung und Vorbehandlung nichthäuslicher Abwässer durch Private

- 1) Die Gemeindewerke verpflichten sich gegenüber der Stadt, für ihr Anschlussgebiet örtliche Vorschriften zu erlassen, die den Eigentümern der angeschlossenen Grundstücke und den sonst in Frage kommenden Personen hinsichtlich der Einleitung und Vorbehandlung des

Abwassers die selben Pflichten auferlegen, wie sie für diese Personengruppen im Stadtgebiet gemäß den Regelungen der Entwässerungssatzung gelten. Die jeweils aktuelle Fassung der Münchner Regelungen wird den Gemeindewerken schriftlich mitgeteilt.

An die Stelle der Stadt treten die Gemeindewerke in ihrem Hoheitsgebiet als Anordnungs-, Zustimmungs- und Überwachungsbehörde.

- 2) Die Gemeindewerke verpflichten sich gegenüber der Stadt, dieser auf Verlangen in Einzelfällen die Möglichkeit zu gewähren, an von ihr bestimmten Stellen Abwasserproben zur Untersuchung zu entnehmen, Mengenmessungen durchzuführen und Grundstücksbereiche mit Anfall nichthäuslicher Abwässer zu besichtigen. Im Falle der Übertragung der Überwachung der nichthäuslichen Abwassereinleitungen (Anlagen-/ Betriebsüberwachung, Abwasseruntersuchungen) auf die Gemeindewerke trägt die Stadt hierfür - vorbehaltlich § 12 Abs. 1 - die Kosten.

Außerdem kann die Stadt im Benehmen mit den Gemeindewerken Abwassereinleitungen, die nach den Bestimmungen des § 7 Abs. 1 unzulässig sind, im Gebiet der Gemeinde Grasbrunn ermitteln, wenn sie den Verdacht hat, dass sie dort verursacht wurden. Die Gemeindewerke stellen durch entsprechende Satzungsregelungen sicher, dass Beauftragte der Stadt in derartigen Fällen Grundstücke unangemeldet betreten sowie in Aufzeichnungen über die Abwassereinleitung und in Unterlagen über die damit zusammenhängende Entsorgung von Stoffen Einsicht genommen werden kann. Die Gemeindewerke sind mindestens drei Tage vorher von der Stadt zu verständigen, bevor Beauftragte der Stadt auf ihrem Gebiet tätig werden.

- 3) Die Gemeindewerke haben alle Maßnahmen (z. B. Einleitverbote) zu treffen, um etwaige schädliche Einleitungen zu verhindern. Falls trotzdem schädliche Einleitungen erfolgen, haben sie unverzüglich für die unschädliche Beschaffenheit des Abwassers zu sorgen und die Stadt zu benachrichtigen.
- 4) Die Gemeindewerke erfassen und genehmigen die Einleitungen nichthäuslicher Abwässer nach ihrer Satzung und entsprechend den hierzu geltenden städtischen Arbeitsanweisungen. Die jeweils aktuelle Fassung der Münchner Regelungen wird den Gemeindewerken schriftlich mitgeteilt.

Für die Überwachung der nichthäuslichen Abwassereinleitungen gilt:

- a) Die Überwachung der nichthäuslichen Abwassereinleitungen (Anlagen-/ Betriebsüberwachungen, Abwasseruntersuchungen) wird grundsätzlich durch die Stadt auf Kosten der Gemeindewerke vorgenommen, die diese Kosten auf die betroffenen Betriebe in ihrem Anschlussgebiet umlegen kann.
- b) Die Gemeindewerke können die Überwachung der nichthäuslichen Abwassereinleitungen auch in eigener Verantwortung übernehmen. Dies haben die Gemeindewerke spätestens 6 Monate vorher der Stadt mitzuteilen. Die hierzu geltende städtische Arbeitsanweisung ist zu beachten. Die jeweils aktuelle Fassung der Münchner Regelung wird den Gemeindewerken schriftlich mitgeteilt.

- Die Überwachung nichthäuslicher Abwassereinleitungen darf nur von Personen durchgeführt werden, die die fachlichen Voraussetzungen für die Anerkennung als private Sachverständige in der Wasserwirtschaft (Verordnung über private Sachverständige in der Wasserwirtschaft - VPSW - in der jeweils gültigen Fassung) erfüllen.

- Abwasseruntersuchungen dürfen nur von Labors durchgeführt werden, bei denen die Anforderungen der Analytischen Qualitätssicherung (AQS) erfüllt sind. Die Stadt ist berechtigt, entsprechende Nachweise der Qualifikation zu fordern.
- 5) Die Gemeindewerke verpflichten sich, die Stadt, Münchner Stadtentwässerung, Abt. Kanalbetrieb, unverzüglich zu informieren, sobald
- ihr Einleitungen bekannt werden, die zu einer Gefährdung des Kanal- und Klärwerksbetriebs, insbesondere zur Gefährdung des Betriebspersonals, führen können,
 - im Kanalnetz oder auf den angeschlossenen Grundstücken Störungen auftreten, die Abwassereinleitungen erwarten lassen, die den Bestimmungen des Absatzes 1 nicht mehr entsprechen,
 - ihr Brand- oder andere Unfälle bekannt werden, die zu unkontrollierbaren Abwassereinleitungen führen können.
- 6) Die Gemeindewerke melden in ihrem Anschlussgebiet die in Abs. 4 erfassten neuen Einleiter nichthäuslicher Abwässer sowie neue Betriebsbereiche, bei denen gefährliche Stoffe in nicht unerheblichen Mengen vorhanden sind (vgl. § 17 Abs. 2 Münchner Entwässerungssatzung). Die Gemeindewerke übermitteln der Stadt jeweils zum 1. März einen Jahresbericht (Stand: 1. Januar) mit mindestens folgenden Angaben und Unterlagen:
- Lagepläne der Grundstücke mit Probenahmestellen,
 - Erfassungsbögen über nichthäusliche Abwassereinleiter und Angaben zur Art und Menge der gelagerten gefährlichen Stoffe,
 - Zustimmungen zur Einleitung nichthäuslicher Abwässer nach der Entwässerungssatzung der Gemeindewerke,
 - Genehmigungen nach § 58 WHG.
- 7) Falls die Gemeindewerke die Überwachung in eigener Verantwortung durchführen, teilen sie der Stadt die Abwasseruntersuchungsergebnisse samt den Grenzwertüberschreitungen mit. Stillgelegte Einleitungen nichthäuslicher Abwässer melden die Gemeindewerke mit Angabe des Zeitpunktes an die Stadt.
- 8) Die Gemeindewerke werden ausdrücklich darauf hingewiesen, dass schädliche Einleitungen Gefahren für Leib und Leben der in den Entwässerungseinrichtungen beschäftigten Personen hervorrufen, dass ferner durch sie erhebliche finanzielle Schäden, insbesondere auch an den von der E.ON AG betriebenen Anlagen zur biologischen Nachreinigung des Abwassers sowie an anderen Anlagen zur Klärung und Beseitigung des Abwassers, entstehen können und dass bei Durchleitungen schädlicher Abwässer in die Gewässer strafbare Handlungen vorliegen können.

§ 8

Serviceleistungen der Stadt

Sonstige Serviceleistungen, die die Stadt (soweit zulässig) im Auftrag der Gemeindewerke durchführt, werden auf der Basis des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (KommZG) in einer eigenen Vereinbarung geregelt.

§ 9

Einschüttstellen für Fäkalschlamm

- 1) Die Stadt betreibt mehrere Fäkalschlammeinschüttstellen für ihre Bürger. Die Benutzung der Einschüttstellen durch die Gemeindewerke setzt eine gesonderte vertragliche Vereinbarung mit der Stadt voraus.
- 2) Sollten einzelne oder alle Einschüttstellen für die Bürger der Stadt nicht mehr benötigt werden, wird sie die Stadt schließen. Die Gemeindewerke haben in diesem Fall für eine ordnungsgemäße Entsorgung ihres Einschüttgutes zu sorgen.

§ 10

Haftung

- 1) Die Gemeindewerke haften der Stadt für Schäden, die durch die Nichteinhaltung dieser Vereinbarung entstehen, nach Maßgabe der allgemeinen Rechtsvorschriften.
- 2) Die Gemeindewerke haften der Stadt darüber hinaus ohne Rücksicht auf Verschulden für Schäden, die der Stadt oder Dritten dadurch entstehen, dass dem Kanalnetz in ihrem Anschlussgebiet schädliche Stoffe zugeführt werden. Die Stadt verpflichtet sich in zumutbarem Rahmen den Gemeindewerken bei der Feststellung eines Schadenverursachers behilflich zu sein.
- 3) Die Stadt haftet für Schäden, die den Gemeindewerken durch Störungen im städtischen Kanalnetz entstehen, nur im Rahmen der allgemeinen Rechtsvorschriften. Bei sonstigen Schäden haftet die Stadt den Gemeindewerken nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit.

II.

Entgelte für die Mitbenutzung der städtischen Entwässerungseinrichtungen und Kostenersatz für Leistungen der Stadt

§ 11

Laufendes Entgelt

- 1) Für die Mitbenutzung der städtischen Entwässerungseinrichtungen zahlen die Gemeindewerke ein Entgelt, das den Aufwendungen der Stadt für die Weiterleitung des von den Gemeindewerken angelieferten Abwassers, für seine Reinigung und für die Entsorgung des daraus entstandenen Klärschlammes entspricht. Dieses Entgelt wird auf der Grundlage des Rechenmodells des Gutachtens des Bayer. Kommunalen Prüfungsverbandes vom 13. Februar 1989 für die darin genannten Gemeinden und Zweckverbände einheitlich ermittelt. Die bei dieser Berechnung anfallenden Kosten gehen in die von den Nachbargemeinden und Zweckverbänden zu tragende Kostenmasse ein.
- 2) Für Abwasser, das gegenüber durchschnittlichem häuslichen Abwasser eine höhere Verschmutzung aufweist, erheben die Gemeindewerke zum unter Absatz 1 ermittelten Entgelt einen Zuschlag, der sich analog der jeweils gültigen Regelung der Stadt über den Starkver-

schmutzerzuschlag berechnet. Der zu erhebende Zuschlag verbleibt bei den Gemeindewerken.

- 3) Auf Wunsch wird den Gemeindewerken Einsicht in die Unterlagen der Berechnung gewährt.
- 4) Die Gemeindewerke leiten das Schmutzwasser aus dem Ortsteil Keferloh an der Übergabestelle der Gemeinde Haar an der Wasserburger Landstraße in das Kanalnetz der Stadt ein. Die Rechnungsstellung der Stadt dafür erfolgt an die Gemeinde Haar. Die Abrechnung zwischen den Gemeindewerken und der Gemeinde Haar ist nicht Gegenstand dieser Zweckvereinbarung.

§ 12

Kostensatz für Leistungen der Stadt

- 1) Die Gemeindewerke ersetzen der Stadt die Kosten, die ihr entstehen für
 - die Überwachung der nichthäuslichen Abwassereinleitungen, falls die Stadt die Aufgabe gemäß § 7 Abs. 4 übernommen hat.
 - die Feststellung unzulässiger Abwassereinleitungen (§ 7 Abs. 2 Satz 2) im Anschlussgebiet der Gemeindewerke und im Stadtgebiet einschließlich der Kosten für Abwasseruntersuchungen, wenn der Verursacher im Anschlussgebiet der Gemeindewerke festgestellt wurde.
- 2) Die Kosten werden nach den jeweils aktuellen Kostensätzen der Betriebskostenabrechnung der Münchner Stadtentwässerung berechnet.
- 3) Die Kosten für die Entnahme und Untersuchung von Abwasserproben einschließlich mengenproportionaler Probenahmen werden nach den in der Münchner Entwässerungsabgabensatzung festgelegten Gebührensätzen für die Entnahme und Untersuchung nichthäuslicher Abwassereinleitungen in der jeweils gültigen Fassung festgesetzt.

§ 13

Einzahlung

Die nach dieser Vereinbarung an die Stadt zu entrichtenden Beträge bzw. Einmalzahlungen sind auf das auf der Rechnung angegebene Bankkonto der Münchner Stadtentwässerung unter Angabe der Belegnummer zu überweisen. Sie werden, wenn nichts anderes bestimmt ist, einen Monat nach Rechnungsstellung durch die Stadt zur Zahlung fällig. Bei verspäteter Zahlung fallen Verzugszinsen in Höhe von 8 v. H. über dem Basiszinssatz der Deutschen Bundesbank an (§§ 288, 289 BGB).

III.

Schlussbestimmungen

§ 14

Änderung der Zweckvereinbarung

- 1) Änderungen und Ergänzungen der Zweckvereinbarung bedürfen der Schriftform.
- 2) Sind oder werden einzelne Bestimmungen dieser Zweckvereinbarung unwirksam, wird hierdurch die Rechtswirksamkeit der übrigen Vereinbarungen nicht berührt.
- 3) Die Beteiligten erklären sich bereit, auf Wunsch eines Vertragspartners in Verhandlungen zur Überprüfung dieser Vereinbarung einzutreten. Insbesondere verpflichten sich die Gemeindewerke und die Stadt nach Verbindlichkeit des Regionalplanes bzw. der Richtwerte für die Einwohner- und Arbeitsplatzentwicklung oder bei entsprechenden Änderungen in den regionalplanerischen Zielvorstellungen - soweit erforderlich - eine entsprechende Änderung des Abwasserkontingents zu vereinbaren.
- 4) Treten Meinungsverschiedenheiten über die angemessene Höhe der von den Gemeindewerken an die Stadt zu entrichtenden Entgelte auf, so werden die Beteiligten einvernehmlich einen Sachverständigen festlegen. Die Kosten der Überprüfung durch den Sachverständigen trägt der Beteiligte, der eine Änderung verlangt; bei beiderseitigem Verlangen trägt jeder Beteiligte die Hälfte.
- 5) Gerichtsstand für alle Ansprüche aus dieser Vereinbarung ist München.

§ 15

Kündigung

- 1) Die Vereinbarung kann von den Beteiligten gekündigt werden, wenn die ihr zugrundeliegenden Voraussetzungen wegfallen oder sich ändern. Die Kündigung muss ein Jahr vor dem Zeitpunkt erklärt werden, zu dem die Vereinbarung außer Kraft treten soll.
- 2) Die Stadt kann die Vereinbarung fristlos kündigen, wenn die Gemeinde Grasbrunn Bauleitpläne erlässt oder Baugesuchen zustimmt, die nach der in § 5 genannten Berechnung zu einer Überschreitung des Abwasserzuflusses führen können, zu deren Abnahme sich die Stadt verpflichtet hat.
- 3) Die Zweckvereinbarung kann von beiden Parteien mit einer Frist von 5 Jahren zum Jahresende eines jeden Jahres ohne Angabe von Gründen gekündigt werden.
- 4) Die Kündigung bedarf der Schriftform.

§ 16

Schlichtung von Streitigkeiten

Die Parteien arbeiten vertrauensvoll in wechselseitiger Konsultation zusammen. Bei unüberbrückbaren Streitigkeiten über Rechte und Pflichten der Beteiligten aus der Zweckvereinbarung wird vor Einleitung eines förmlichen Rechtsstreits die Regierung von Oberbayern zur Schlichtung angerufen.

§ 17

Inkrafttreten

Diese Zweckvereinbarung tritt einen Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Regierung von Oberbayern in Kraft. Zum gleichen Zeitpunkt tritt die derzeit gültige Vereinbarung zwischen der Stadt und der Gemeinde Haar über den gleichen Gegenstand vom 19.12.2003 / 30.04.2003, veröffentlicht im Oberbayerischen Amtsblatt Nr. 10 / 2004 Seite 78 außer Kraft.

Gemeindewerke Grasbrunn

Landeshauptstadt München
Münchner Stadtentwässerung

Grasbrunn, den 25.03.2013

München, den

.....

.....

Technischer Vorstand

Robert Schmidt
Technischer Werkleiter



Wolfgang Mende
Kaufmännischer Vorstand



.....

Bernd Fuchs
Kaufmännischer Werkleiter



BESCHLUSSVORLAGE

des Verwaltungsrates

**Öffentliche Sitzung am
Donnerstag, den 14.03.2013**

**um
18:00 Uhr**

TOP 2 Neufassung der Zweckvereinbarung Kanal Keferloh

SACHVORTRAG

Die Gemeinde Grasbrunn war für die Abwasserbeseitigung im Gemeindeteil Keferloh zuständig. Mit der Gründung der Gemeindewerke Grasbrunn wurde auch die Abwasserbeseitigung des Gemeindeteils Keferloh zum Aufgabengebiet der Gemeindewerke Grasbrunn. Das anfallende Abwasser wird über die Gemeinde Haar an die Landeshauptstadt München weitergeleitet. Die bisherige Zweckvereinbarung zwischen der Gemeinde Grasbrunn und der Landeshauptstadt München wurde dahingehend geändert, dass diese jetzt zwischen den Gemeindewerken Grasbrunn und der Landeshauptstadt München besteht. Die Regierung von Oberbayern hat die Zweckvereinbarung geprüft. Die vorgeschlagenen Änderungen wurden von der Landeshauptstadt in die Zweckvereinbarung eingearbeitet.

BESCHLUSSVORSCHLAG

Der Verwaltungsrat beschließt die Zweckvereinbarung zwischen den Gemeindewerken Grasbrunn und der Landeshauptstadt München. Diese Zweckvereinbarung tritt einen Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Regierung von Oberbayern in Kraft.

Für den Beschluss:	Gegen den Beschluss:	Folglich angenommen:	Folglich abgelehnt	Laut Beschlussvorschlag:	Abweichender Beschluss:
8	0	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein

Beglaubigung

Dient zur Vorlage bei der Münchner
Stadtentwässerung

Neufassung der Zweckvereinbarung

Kanal Kefeloh

Grasbrunn, 25.03.2013

Silke
Vorstand

